Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 18355, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 25. Februar 1926 — Nummer 47

Auf dem Rückzuge

Verschleppung der Entscheidung mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion

Die Linken auf der Plattform des Volksparteilers Blüher

In den Haushaltsausschüssen des Sächsischen Landtags wurde gestern zum ersten Male der Antrag der Sozialdemokraten über die Bewilligung von 20 Millionen Mark für die Erwerbslosen und die in Not Geratenen verhandelt. Die Verhandlung erfolgte gemeinsam mit einer Vorlage, nach der die Regierung 2 Millionen Mark als Darlehn den Gemeinden zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen bewilligen will. Die Verhandlung erfolgte gemeinsam mit einem Antrag der Kommunisten und Deutschnationalen über die Erwerbslosenfürsorge. Der Berichterstatter zu den Anträgen, der linkssozialdemokratische Abgeordnete Dennhardt, gab in seiner Begründung der Anträge nur referierend den Inhalt derselben wieder, **ohne zu der wesentlichen Frage der Entscheidung über die Politik in Sachsen nur ein einziges Wort zu sagen.** Einige Vertreter der Sozialdemokraten, insbesondere die Linken, waren zur Verhandlung überhaupt nicht erschienen. Der Deutsche Volksparteiler Abgeordnete Dr. Blüher erklärte, daß man zu einer Entscheidung über den Antrag noch nicht kommen könne, sondern daß man erst Aufklärung über die Verwendung der Mittel und darüber, welche Mittel neben den im Etat eingestellten noch von der Regierung gegeben werden sollen, und weiter, welche Mittel man noch vom Reich zu erwarten habe, bekommen müsse. Der Abgeordnete Blüher unterbreitete einen Fragebogen von insgesamt 20 Anfragen an die Regierung, die von der Regierung Aufschluß verlangen, welche Mittel noch zur Verfügung gestellt werden, nach welchen Gesichtspunkten die Mittel verteilt werden, ob nach der Bewilligung der in der Vorlage 203 vorgesehenen 2 Millionen Mark noch weitere Mittel notwendig seien, ob die Regierung den Unternehmern Kredite geben wolle, ob sie aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge Zwischenkredite für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen wolle, wie man eine Million, die der Landtag für die Wohlfahrtspflege bewilligt habe, verwendet habe und welche Mittel die Regierung für die Wohlfahrtspflege bereitstellen wolle. Die mit den Anfragen **verbundene Absicht der Sabotage über die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages ist ganz** offensichtlich. Der Abgeordnete Blüher erklärte ausdrücklich, daß er natürlich nicht erwarte, daß die Regierung so schnell Antwort geben könne. Der Abgeordnete Blüher verfolgte mit seinen Anträgen denselben Zweck, wie der Vorsitzende des Rechtsausschusses mit der von uns schon begründeten Examinierung der Berichterstatter erreichen, nämlich den, eine endlose Verschleppung der Entscheidung über die sozialdemokratischen Anträge herbeizuführen und damit eine Entscheidung über die Auflösung des Landtages zu verhindern.

Unser Vertreter Genosse Renner wies mit aller Deutlichkeit auf diese Absicht hin. Er erklärte, daß die sozialdemokratischen **Arbeiter eine schnelle Entscheidung und eine dann zu erfolgende Auflösung des Landtages verlangen.** Es kommt jetzt nicht darauf an, unter allen Umständen zu wissen, wann, wie und wo die Regierung von sich aus noch Mittel zur Verfügung stellen will, oder wie sie die Mittel verwenden wolle, sondern das erste sei eine grundsätzliche Entscheidung darüber, **ob der Landtag überhaupt diese Mittel bewilligen will.** Vor dieser Entscheidung stehe die sozialdemokratische Fraktion, und vor dieser Entscheidung dürfe sie nicht ausweichen, wenn sie nicht die Beschlüsse des Landesparteitages selbst sabotieren und diese Beschlüsse **aber auch als eine Irreführung der Arbeiterschaft kennzeichnen will.** Genosse Renner wendete sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Verschleppung und erklärte, **daß unbedingt eine Abstimmung über die grundsätzliche Bewilligung** oder Nichtbewilligung erfolgen muß. Nach dem Genossen Renner sprach als nächster Berichterstatter der linke Sozialdemokrat Dennhardt. Er erklärte,

> daß er mit den von dem Volksparteiler Blüher gestellten **Fragen vollständig einverstanden sei,** daß es **notwendig sei, diese Fragen beantwortet zu erhalten, daß er nur bitte, daß die Regierung den Ausschuß nicht allzulange warten lasse.**

Damit stellte sich der linke Sozialdemokrat auf die Plattform des Abgeordneten **Blüher** und half selbst, die Sabotage der sozialdemokratischen Anträge durchführen. Die Haltung des Abgeordneten Dennhardt zeigt, daß die linken Sozialdemokraten auf der ganzen Linie kapituliert haben. Sie sind schon vollständig auf die Plattform der Rechten getreten und haben erneut verloren. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die auf dem Landesparteitag energisch **die Auflösung verlangt haben,** sind wieder einmal die Betrogenen. **Den linken Führern** ist vor der Durchführung ihrer eigenen Anträge bange geworden. Sie haben nicht den Mut, ihre eigenen Vorschläge zur Durchführung zu bringen. Bezeichnend ist, daß zur Behandlung dieser für die sozialdemokratische Arbeiterschaft so wichtigen Anträge nicht einmal einer der bekannten linken Führer erschienen war. Selbst Weckel als Mitglied des Ausschusses war nicht anwesend. **Die Linken sind also glatt mit in die Große Koalition eingeschwenkt und helfen heute schon mit, die Entscheidung über ihre Anträge so weit wie möglich hinauszuschieben.**

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben hier erneut den Beweis von der absoluten Unzuverlässigkeit ihrer Führer selbst gegenüber ihren eigenen Forderungen. Während noch in der Plenarsitzung der Abgeordnete Arzt mit großen Worten die Anträge begründete, brachten die Linken im Ausschuß nicht einmal den Mut zu einer **eingehenden Begründung** ihrer Anträge auf. Bezeichnend ist, daß die Rechten vollständig schwiegen und sich auch nicht zum Wort gemeldet hatten. Die Ausführungen Dennhardts, die das vollständige Beiseiteschieben zur Verschleppungstaktik des Abgeordneten Blüher bedeuteten, wurden dann von dem Volksparteiler Schiffmann zum Anlaß genommen, einen Vertagungsantrag zu stellen, der mit den Stimmen der Bürgerlichen, da einige linke Abgeordnete fehlten, angenommen wurde.

Die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre mögen aus dieser Haltung ihrer Führer erkennen, daß sie durch diese nicht zur Erreichung ihrer Ziele kommen werden, sondern daß **nur der stärkste Druck der gesamten Arbeiterschaft die arbeiterfeindliche Koalitionspolitik in Sachsen** zu beseitigen in der Lage ist.

Luther und Stresemann gehen nach Genf

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung in der gestrigen Kabinettssitzung, die mit der bevorstehenden Vertagung des Völkerbundes zusammenhängenden Fragen erörtert. Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaußenminister Dr. Stresemann werden als Vertreter des Reiches sich nach Genf begeben.

Konferenz der Finanzminister

Gestern vormittag haben im Reichsfinanzministerium die Finanzminister der einzelnen Länder unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beraten. Reinhold erläuterte in einleitender Rede die bekannten Hauptpunkte seines Programms. Die Besprechungen drehten sich in der Hauptsache um die Rückwirkungen der Steuersenkungsaktion für die besitzenden Kreise, auf die Einnahmen der Länder und Gemeinden. Wie die bürgerliche Presse berichtet, haben die Finanzminister der einzelnen Länder Dr. Reinhold ihre tatkräftige Unterstützung bei der Durchführung seines Finanzprogramms zugesagt.

Die Gemeindesabotage gegen den Volksentscheid

Berlin, 25. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Sabotage der Gemeindebehörden gegen das Volksbegehren geht weiter. So berichtet die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD., daß aus 17 Orten bisher die Listen zurückgekommen seien, weil die Annahme von den Gutsvorständen und Gemeindevorstehern verweigert wurde. Die Gemeindevorsteher, von denen zwei die Listen mit einem Schreiben zurückschickten, behaupten, daß das Volksbegehren keine amtliche Angelegenheit sei. Der preußische Innenminister hat sich jetzt endlich gezwungen gesehen, einen Runderlaß über das Volksbegehren herauszugeben.

Wahlsieg der französischen Kommunisten

Paris, 25. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Das Endergebnis der Gemeindewahl im Quartier Maison-Blanche in Paris, die am letzten Sonntag stattfand, zeigt durchschlagende Erfolge der Kommunisten.** Der kommunistische Kandidat bekam 3370 Stimmen, der radikale 1940, der des Blocks der Nationalen 1164, der Sozialist 580. Am Sonntag gingen 2000 weniger zur Urne als bei der letzten Wahl am 3. Mai, und trotzdem gewannen die Kommunisten 250 Stimmen, während die Radikalen 3200 verloren.

Denkschrift des ADGB.

Für Rationalisierung, Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie

In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse wird auszugsweise der Inhalt der Denkschrift des ADGB., der Afa und des ADB. über die „Gegenwartsaufgaben der Wirtschaft" veröffentlicht. Die Denkschrift soll eine Antwort sein auf das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie und entwickelt zugleich das Programm der freien Gewerkschaften zur jetzigen Krise. Wie alle früheren Denkschriften und Petitionen der einzelnen Gewerkschaften und des ADGB., atmet auch die neueste den Geist der Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie. Alle in der Denkschrift gemachten Vorschläge sollen **der Erhaltung, dem Wiederaufbau und der Rationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft dienen und nützen.** Die Frage der Bekämpfung des Unternehmertums und des Kapitalismus wird grundsätzlich überhaupt **nicht** aufgerollt.

Die Krise selbst wird „nur als eine **ernste Störung des Produktionsprozesses**" bezeichnet. Die Gewerkschaftsführer übersehen völlig, daß es sich um eine tiefgehende Wirtschaftskrise des Kapitalismus in seiner Niedergangsperiode handelt, und sie verschweigen, daß die Auswirkungen der Krise bereits durch ungeheuerliche Massenarbeitslosigkeit und Stillegung eines Teils des Produktionsapparats auf die breiten Massen furchtbare Formen angenommen haben. Die Reformisten wollen die Krise des Kapitalismus nicht in ihrer gewaltigen Ausdehnung sehen. Sie denken nicht an die Beseitigung des kapitalistischen Produktionssystems. Deshalb bauen sie ihre Reformvorschläge auf die „Mitwirkung" und „Gleichberechtigung" der Arbeiter mit den Kapitalisten in der kapitalistischen Wirtschaft auf.

Die Leitung des ADGB. besteht zwar, „solange noch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, wird es stets wirtschaftliche Klassen geben, die um die relative Größe ihrer Anteile am Ertrag der Arbeit gegeneinander kämpfen werden," fügt aber hinzu:

> „Aber unbeschadet dieser Erkenntnis glauben auch wir, daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist zum Zwecke der Ueberwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft."

Hier wird trotz aller Dementis in der letzten Zeit erneut bestätigt, daß die Führer des ADGB. auf die Arbeitsgemeinschaft und das Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten losteuern. Das zeigen auch die in der Denkschrift aufgestellten Forderungen, die einen Ausweg aus der Krise darstellen sollen, sehr deutlich.

Für die reformistischen Gewerkschaftsführer **„ist die Rationalisierung notwendig."** Nach der Denkschrift „muß ihr Ziel Verbilligung der Produktionskosten und -Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über die Steigerung der Massenkaufkraft können die arbeitslosen Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden." An einer anderen Stelle heißt es aber, „die Rationalisierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach in einigen Wirtschaftszweigen zur Freisetzung von Arbeitskräften führen." Damit wird zugegeben, daß die Rationalisierung nach kapitalistischen Methoden **die Massenarbeitslosigkeit zu einer chronischen Erscheinung macht.**

Um den Rationalisierungsprozeß zu fördern, werden in der Denkschrift „ausreichende Arbeitslosenversicherung und Notstandsmaßnahmen als wichtigste Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik" gefordert. Hier kehrt die alte, von den Reformisten erhobene, grundsätzlich falsche Forderung nach der Arbeitslosenversicherung wieder, die deshalb scharf bekämpft werden muß, weil sie einen erheblichen Teil der Lasten der Arbeitslosenunterstützung den Arbeitern aufbürdet. „Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen." Unter „Wirtschaftsräten" sind die Organe der Wirtschaftsdemokratie gemeint, die auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß von den reformistischen Gewerkschaftsführern gefordert wurden. Die Reformisten wollen also auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie an der kapitalistischen Rationalisierung mitwirken. Das ist typische Arbeitsgemeinschaftspolitik in neuer Auflage. Die Denkschrift sagt weiter:

> „Lohnerhöhungen stellen einen wichtigen Antrieb zur Rationalisierung der Wirtschaft dar. ... Die produktionspolitisch günstige Wirkung hoher Löhne ist abhängig von ihrer Geltung für sämtliche Betriebe eines Wirtschaftszweiges. Deshalb und zur Vermeidung von Lohnunterbietungen unter dem Druck der Arbeitslosigkeit halten wir mit allem Nachdruck am Tarifvertrags-Prinzip fest, d. h. die Lohnfestsetzungen müssen